

Federf. Stadamt: Organisations- und Personalamt

<b>Vorlage für den</b>	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	Bürgermeister Roland	11.05.2009	11

öffentliche Sitzung

Betrifft: **Untersuchung der Wirtschaftlichkeit eigener Vermessungen**

**Begründung:**  
(ggf. zusätzlich)

**I. Anlass und Ziel der Untersuchung**

Die Stadt Gladbeck führt Vermessungen<sup>1</sup> für ihren eigenen Bedarf seit jeher mit eigenen Kräften durch. Organisatorisch ist diese Aufgabe seit der Auflösung des Vermessungsamtes im Jahre 2002 einer Abteilung des Amtes für Ingenieurwesen zugeordnet.

Für die Durchführung von Vermessungen steht insgesamt eine Personalkapazität von rd. 6,5 Planstellen zur Verfügung, die sich wie folgt aufteilt:

- Messtruppführer                      1,5 Planstellen
- Messgehilfen                            3,0 Planstellen
- Innendienst                              2,0 Planstellen

Im Rahmen der Diskussionen zum Thema Haushaltskonsolidierung wurde im August 2006 festgelegt, die Frage der Wirtschaftlichkeit eigener Vermessungen zu untersuchen. Konkret sollte geklärt werden, welche der Varianten 'Eigenerledigung' oder 'Vergabe der Leistungen' für die Stadt Gladbeck vorteilhafter ist.

**II. Erste Ergebnisse und Maßnahmen nach einer internen Untersuchung**

Unmittelbar nach Abschluss der vorrangigen Arbeiten zur Einführung des NKF hat die Verwaltung Anfang Februar 2007 mit der Untersuchung begonnen. Dabei ergaben sich schon nach kurzer Zeit folgende Probleme:

<sup>1</sup> Bei Vermessungsarbeiten ist zu differenzieren zwischen Ingenieurvermessungen und Katastervermessungen. Katastervermessungen sind hoheitliche Vermessungen, die für Eintragungen ins Grundbuch/Liegenschaftskataster erforderlich sind (ca. 25 % der städt. Vermessungen). Ingenieurvermessungen sind bauvorbereitende und baubegleitende Messungen im Zusammenhang mit städt. Baumaßnahmen (ca. 75 % der städt. Vermessungen).

<b>Mitzeichnungen</b>					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordneter	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: \_\_\_\_\_

- kein ausreichendes Datenmaterial für eine detaillierte und fundierte Analyse, Auswertung und Bewertung
- keine sog. Benchmarks, d.h. Vergleichsmaßstäbe (z.B. Zeitaufwand einer Ingenieurvermessung)

Entsprechende Recherchen beim Städtetag, bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement und bei anderen Städten erbrachten kein verwertbares Ergebnis.

Gleichwohl ergaben sich aus den ausgewerteten Unterlagen bereits erste, wenn auch noch grobe Erkenntnisse, die bereits zu folgenden Maßnahmen führten:

1. Reduzierung der Anzahl der Messgehilfenstellen von 4 auf 3 Stellen
2. Verpflichtung der Ämter, vorhersehbare Messaufträge rechtzeitig unter Angabe des genauen Leistungsumfanges, der Notwendigkeit der Messung und des Erledigungszeitraums anzumelden, um eine bessere Disponierung der zur Verfügung stehenden Arbeitskapazitäten zu ermöglichen
3. Entwicklung und Einsatz eines optimierten Erhebungsbogens in der Vermessungsabteilung als Grundlage für weitergehende externe Untersuchungen bezogen auf einen repräsentativen Erhebungszeitraum von einem Jahr. Einsatzbeginn: Oktober 2007

### **III. Externe Untersuchung**

- **Auftrag**

Weil der Verwaltung keine Benchmarks, keine Ergebnisse interkommunaler Vergleiche zur Verfügung standen, hat sie nach Ablauf der einjährigen neuen Datenerhebung im Nov. 2008 das Vermessungsbüro Strokowsky<sup>2</sup> aus Mainz mit der Untersuchung der Wirtschaftlichkeit der eigenen Vermessung beauftragt.

Der Auftrag umfasste im Wesentlichen folgende Leistungen:

- Ermittlung des Ist-Zustandes
- Beurteilung der Wirtschaftlichkeit
  - Bewertung von auftragsbezogenem Personal- und Zeitaufwand
  - Vergleich mit branchenüblichen Benchmarks
  - Vergleichsbetrachtung Eigenerstellung/Fremdvergabe
  - Vorschläge zur Kostensenkung/Leistungssteigerung

---

<sup>2</sup> Der Auftragnehmer ist öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger für Bau- und Ingenieurvermessung, der in seine Untersuchung die Wirtschaft- und Unternehmensberatung Seidel aus Meckenheim eingebunden hat.

- **Untersuchungsergebnisse**

**Feststellungen:**

Der Gutachter<sup>3</sup> hat seine Untersuchung inzwischen abgeschlossen. Sein schriftlicher Bericht vom 9.4.2009 ist dieser Vorlage als Anlage (mit Ausnahme der ins Detail gehenden Tabellenwerke) beigelegt. Er enthält folgende wesentlichen Feststellungen:

1. Der technische Ausstattungsstandard der Messtrupps weist keine signifikanten Unterschiede zu Ingenieurbüros aus und entspricht dem aktuellen Stand der Technik (s. Ziff. 5.1. Abs. 3 des Berichtes).
2. Bei den im einjährigen Untersuchungszeitraum durchgeführten Vermessungen sind der Stadt Gladbeck im Vergleich zu einem freiberuflichen Ingenieurbüro (MWSt von 19 % bereits eingerechnet) rd. 61.300 € höhere Kosten entstanden (s. Ziff. 5.1., 5.2. und 6.).

Ursächlich für die höheren Kosten sind im Wesentlichen 1) eine in der Regel in privaten Vermessungsbüros nicht übliche Besetzung eines Messtrupps mit 2 Messgehilfen und 2) überdurchschnittlich hohe krankheitsbedingte Ausfallzeiten (s. Ziff. 4.1. und 6.).

3. Bei einer vertretbaren Einsparung von einer Messgehilfenstelle verbleibt der Stadt Gladbeck nur noch ein rechnerischer Mehraufwand von 1.969,76 € (s. Ziff. 6.).
4. Die vorstehenden Beträge entsprechen nicht den bei einer Vergabe aller Vermessungsarbeiten erzielbaren Minderkosten, weil auch bei einer Fremdvergabe Personalkosten für die Beauftragung, Kontrolle, Abrechnung usw. anfallen. Diese belaufen sich auf rd. 25.000 € jährlich (s. Ziff. 5.4.).

**Empfehlungen:**

Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit werden folgende Maßnahmen angeraten:

1. Reduzierung des Personalbestandes um einen Messgehilfen
2. Ermittlung der Ursachen und ggf. Einleiten von Maßnahmen zur Reduzierung des hohen Krankenstandes der Beschäftigten

Grundsätzlich weitergehende Entscheidungen sind angesichts dieser Ergebnisse nicht angeraten (s. Ziff. 6.).

---

<sup>3</sup> Der Gutachter nimmt an der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses teil.

#### IV. Stellungnahme der Verwaltung

1. Die Verwaltung schließt sich den wesentlichen Feststellungen des Gutachters an und beabsichtigt, die empfohlenen Maßnahmen umzusetzen.
2. Das Gutachten belegt, dass die Durchführung von Vermessungen durch eigene Kräfte bei Umsetzung der Empfehlungen für die Stadt Gladbeck wirtschaftlicher ist als die Vergabe dieser Leistungen.

Die Kosten eines freiberuflichen Ingenieurbüros liegen zwar auch noch bei der Einsparung einer Messgehilfenstelle, die sich spätestens mit dem altersbedingten Ausscheiden eines Messgehilfen im Jahr 2011 realisieren lässt, um 1.969,76 € niedriger. Bei einer Vergabe der Vermessungsarbeiten sind aber die anfallenden Personalkosten von rd. 25.000 € für die Beauftragung, Kontrolle, Abrechnung usw. noch zu berücksichtigen, so dass im Endeffekt der Stadt Gladbeck Mehrkosten von ca. 23.500 € entstehen würden.

Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass bei einer Vergabe der Vermessungsarbeiten Personalausgaben für das vorhandene Personal bis zu dessen Ausscheiden oder Umsetzen in andere freie Stellen der Verwaltung anfallen. Aus den in dem Gutachten genannten in den Personen liegenden Gründen und infolge der verminderten alternativen Einsatzmöglichkeiten aufgrund des nachhaltigen Stellenabbaues in den zurückliegenden Jahren dürfte sich die Phase von „parallelen Kosten“ über einen längeren Zeitraum erstrecken.

3. Eine wesentliche Ursache für die überdurchschnittlich hohen krankheitsbedingten Ausfallzeiten in den Messtrupps sind nach Einschätzung der Verwaltung die Vortätigkeiten der dort Beschäftigten. Es handelt sich in der Regel um Mitarbeiter, die vorher langjährig in anderen Bereichen der Verwaltung schwere körperliche Arbeiten mit physisch starker Belastung z.B. als Müllader verrichtet haben. Sowohl aus fürsorgerischen Gesichtspunkten als auch zur Vermeidung frühzeitiger Erwerbsunfähigkeit sind die Stellen der Messtrupps vornehmlich mit diesen Beschäftigten besetzt worden.

Ungeachtet dessen wird sich die Verwaltung im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsprävention und des betrieblichen Wiedereingliederungsmanagements mit der Problematik befassen, um eine Reduzierung des Krankenstandes zu erreichen.

4. Aufgreifen wird sie auch den Vorschlag, die Mitarbeiter weiterzubilden/zu schulen, um ihren Einsatz zu optimieren.

**Finanzielle Auswirkungen:**

keine

folgende

**Ergebnisrechnung**

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

**investiver Finanzplan**

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:  zur Verfügung  nicht zur Verfügung

**Beschlussentwurf:**

Der Bericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister

Ulrich Roland

---

In der Sitzung des

\_\_\_\_\_-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am \_\_\_\_\_ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: